



Münchner Examenstraining

Tutorium Zivilrecht in der Mittelphase

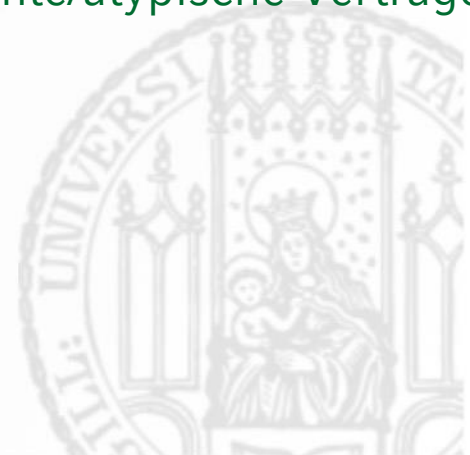
Thomas Sagstetter

Wintersemester 2020/2021



Fall 3 – „Fitnessstudio und Corona“

- **Wiederholung/Vertiefung Schuldrecht AT:**
 - Widerrufsrecht
 - Unmöglichkeit
 - SGG
- **Wiederholung/Vertiefung Schuldrecht BT:**
 - Bed. typologische Einordnung v. Verträgen, Gemischte/atypische Verträge
 - ao./o. Kündigung bei Dauerschuldverhältnissen



WISSENSZURECHNUNG IM GESELLSCHAFTSRECHT

Begründung:

- Gleichstellungsargument: Rechtsverkehr soll durch arbeitsteilige Organisation einer Partei auch im Hinblick auf Wissenstatbestände keine Nachteile erleiden → Vertragspartner einer Gesellschaft soll mit Vertragspartner einer natürlichen Person gleichgestellt sein
- Wer sich arbeitsteiliger Organisation bedient, hat das resultierende Risiko organisatorischer Mängel zu tragen

„wissende“ Person am konkreten Geschäft beteiligt

- **Gesellschafter/Organe:** § 31 o. § 166 BGB analog
- **Andere Personen:** § 166 BGB analog (Stellvertreter § 166 BGB direkt)
- **Wissensvertreter:** Repräsentanten mit eigenständigem Verantwortungsbereich → nicht Vertreter aber nach Arbeitsorganisation mit konkretem Geschäft betraut (zB im Rahmen vorvertraglicher Verhandlungen)

„wissende“ Person am konkreten Geschäft nicht beteiligt

- **Gesellschafter/Organe:** wenn betreffende Information bei ordnungsgemäßer Organisation hätte gespeichert („aktenmäßig erfasst“) und an die für die fraglichen Rechtshandlungen Verantwortlichen weitergegeben bzw. von diesem abgefragt werden müssen
 - → Zurechnung Unterlassen der Weitergabe von Wissen („Lehre von der ordnungsgemäßen Wissensorganisation“)
 - Zurechnungsgrundlage umstritten: § 31 o. § 166 BGB analog bzw. Rechtsgedanke §§ 31, 166, 278 BGB
- **Andere Personen:** grds. wie Gesellschafter/Organe

FRAGE 1

Zahlung 100€ pro Monat ab 18.3.2020?

M „Fitnessstudiovertrag“ H

- 100 € pro Monat je Ende des Monats
- <-> Nutzung Fitness- und Wellnessangebot
- Beginn 1.2.2020
- Keine Widerrufsbelehrung

M → H

- Mahnung zur Zahlung
- Mitgliedschaft bestehe fort, da Widerrufsrecht nur für Haustürgeschäfte
- Recht zur ordentlichen Kündigung ausgeschlossen
- Selbst Corona könne Grds. *pacta sunt servanda* n. aufheben

11.1.2020

Optikmesse

- v. M angesprochen
- Werbestand jährlich dort, Grund: leichte „Überrumpelung“
- H unterschreibt auf Messe

17.3.2020

Komplette Schließung auf behördliche Anordnung (Corona)

18.3.2020

H → M

- „[...] möchte ich hiermit meine Mitgliedschaft [...] beenden. [...] schließlich haben Sie damals nur meine Impulsivität ausgenutzt.“
- „Ohnehin werde ich das Fitnessstudio wegen der coronabedingten Schließungen ja bis auf Weiteres nicht nutzen können [...] Unter diesen Umständen hätte ich den Vertrag nicht geschlossen.“

19.3.2020

17.6.2020

Öffnung unter Einschränkungen

- Umkleiden, Duschen, Schwimmbecken, Saunen und Solarien bleiben geschlossen
- Bitte Trainingszeit auf 1h zu reduzieren
- Trainingsgeräte direkt nach Benutzung desinf.

M → H: 100 € p.M. ab 18. März?

Qualifikation aber wichtig für:

1. Behandlung v. Leistungsstörungen (inkl. Gewährleistungsausschl.)
2. Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB
→ Leitbildfunktion des dispositiven Rechts
3. Frage, auf welche Normen zur Ausfüllung etwaiger Lücken im Vertrag vorrangig zurückzugreifen ist

A. Anspruch entstanden

- M – H „Fitnessstudiovertrag“
- Jdf. Primäranspruch: Zahlung gem. §§ 311 I, 241 I BGB

WEITERFÜHREND: „Theorien“ zur rechtlichen Behandlung gemischter Verträge

Absorptionstheorie

→ Für gesamtes SV allein Vorschriften der Hauptleistung maßgeblich; gesetzlich vorgesehene RF des untergeordneten Vertragstypus werden absorbiert

Kombinationstheorie

→ Für einzelne Teilleistungen jeweils einschlägige gesetzliche Vertragstypen heranzuziehen
→ Widersprüche ggf. nach mutmaßlichen Parteiwillen auszugleichen

Handhabung in der Klausur:

- Keine der Theorien wg. Vielgestaltigkeit auftretender Mischformen in der Lage, rechtliche Einordnung allein sinnvoll zu lösen
- **entscheidend:** anwendbare gesetzliche Regelung individuell zu beurteilen:
 - **Vorrangig:** ausdrücklicher Parteiwille
 - **Subsidiär:** mutmaßlicher Parteiwille, Anhaltspunkte:
 - Interessenlage der Parteien
 - Sinn und Zweck der vertraglichen Vereinbarung (Vertragszweck)
 - Besondere Umstände des Einzelfalls

Prüfungsschema Gestaltungsrechte

1. Gestaltungsrecht
2. Gestaltungserklärung
3. Kein Ausschluss

1. Bestehen eines
Widerrufsrechts
2. Wirksame
Widerrufserklärung
3. Kein Ausschluss



ERARBEITUNG DER LÖSUNG

M → H: 100 € p.M. ab 18. März?

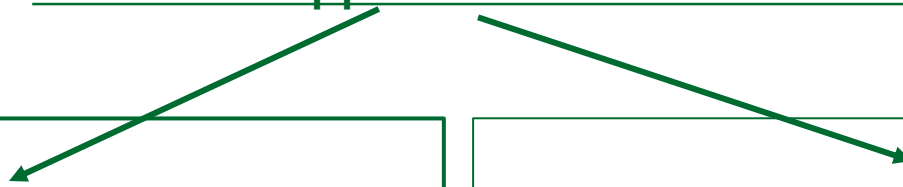
- A. Anspruch entstanden (+)
- B. Anspruch erloschen infolge Ausübung WR gem. §§ 355 I 1, 312g I, 312b I BGB
- I. Bestehen eines Widerrufsrechts
- „außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge“ → § 312b I 1
 - 1. **Genereller Anwendungsbereich der verbraucherschützenden WRR**
 - a) Entgeltlicher Verbrauchervertrag, §§ 312 I, 310 III BGB
 - b) Keine Beschränkung des Anwendungsbereichs, § 312 II-VII BGB
 - 2. **Spezieller Anwendungsbereich des § 312b BGB**
 - a) Situativer Anwendungsbereich: Situation nach § 312g I Nr. 1 BGB
 - aa) Geschäftsraum des M gem. § 312b II BGB?
 - bb) Außerhalb von Geschäftsräumen des M?
 - cc) Gleichzeitige körp. Anwesenheit
 - b) ZE: WR gem. §§ 312g I, 312b I, 355 BGB (+)
- II. Wirksame Widerrufserklärung
1. Widerrufserklärung, §§ 355 I 2, 3, 4, 133, 157 BGB
2. • Widerrufserklärung = **empfangsbedürftige Willenserklärung**, vgl. § 355 I 2
- III. K • **Inhalt:** Eindeutiger Ausdruck des Willens, sich vom Vertrag lösen zu wollen
- → Verwendung des Worts „Widerrufs“ aber nicht erforderlich, § 355 I 3 BGB (!)
- Nicht erforderlich: **Begründung**, vgl. § 355 I 4 BGB
- Nicht erforderlich: Einhaltung einer **Form**
- C. Erge

Übersichten: Das verbraucherschützende Widerrufsrecht (WR)

1. Allgemeines

- Widerrufsrecht = wichtiges Instrument des Verbraucherschutzes
- Beachte:
 - **Einstieg immer über RF** → §§ 355 I, III, 357 ff. BGB: Unwirksamkeit (= Wirknorm)
 - Genaue Rechtsfolgen differenziert geregelt, vgl. §§ 357ff. → Entkoppelung vom RT-Folgenrecht → **Achtung bei alten Fall-/Lehrbüchern!!!**
- Bestehen eines Widerrufsrechts in § 355 vorausgesetzt; einschlägiges Widerrufsrecht ergibt sich erst aus spezielleren Normen z.B. § 312g BGB
- **Hintergrund:**
 - Beruht auf Verbraucherrechte-RL (2011/83/EU) → Änderungen für Verbraucherverträge allgemein (Informationspflichten + Widerrufsrechte (Fernabsatz- und Haustürsituationen))
 - Verbraucherrechte-RL → Vollharmonisierung → Mitgliedstaaten können grds. nicht abweichen

2. Zwei Gruppen von Widerrufsrechten:



(1) Ungewöhnliche Vertragsanbahnungssituation, § 312g

**(a) Außerhalb von Geschäftsräumen
geschlossene Verträge (§ 312b)**

→ **Ratio:** Überrumpelungsschutz

(b) Fernabsatzverträge (§ 312)

→ **Ratio:** Verbraucher kann Ware
nicht beurteilen

(2) Ungewöhnlicher/weitreichender Vertragsinhalt

→ **Ratio:** Vermeidung Gefahr der
Überschuldung

- z.B.:
 - Verbraucherdarlehen (§ 495 BGB),
 - Ratenlieferungsverträge (§ 510 BGB)

3. Abgrenzung

- (1) Widerrufsrecht gem. § 355 BGB vs. kaufrechtliche Mängelrechte, § 437 BGB

Widerrufsrecht

- Vor.: Besondere Anbahnungssituation/ weitreichender Vertragsinhalt
- Ausschluss grds.: 14 Tage

vs.

Kaufrecht

- Vor.: Mangel der Kaufsache
- Ausschluss/Verjährung: 2 Jahre ab Ablieferung

- (2) Verbraucherschützendes Widerrufsrecht § 355 BGB vs. Widerruf gem. § 130 I 2 BGB

4. Prüfungsschema Widerruf im Überblick (Überblick)

- Folgt aus Rechtsnatur des Widerrufs
 - = Gestaltungsrecht → üblicher dreigliedriger Aufbau
- **Prüfungspunkt: Anspruch erloschen?**
 - Möglw. durch wirksamen Widerruf zB gem. §§ 355, 312g I, 312b I BGB
- **Voraussetzungen im Überblick:**
 1. **Bestehen eines Widerrufsrechts**
 2. **Widerrufserklärung**
 3. **Kein Ausschluss**
 4. **RF: Anspruch durch wirksamen Widerruf erloschen +/-**

4. Prüfungsschema Widerruf im Überblick (im Detail)

1. Bestehen eines Widerrufsrechtes

a) Allgemeiner Anwendungsbereich (sachlich-persönlich)

- §§ 312 I, II, 310 III BGB
 - Verbrauchervertrag i.S.d. § 310 III BGB
 - Gegenstand: entgeltliche Leistung des Unternehmers, § 312 I BGB

b) Spezieller situativer Anwendungsbereich des jew. WR

- z.B. § 312b I 1: außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossen
- Kein vorrangiges Widerrufsrecht nach anderen Vorschriften, § 312g III BGB

c) Kein Ausschlusstatbestand, § 312 II-VII BGB

2. Wirksame Widerrufserklärung

a) Widerrufserklärung

- Keine Begründung erforderlich, § 355 I 4 BGB
- keine besondere Form

b) Keine Wirksamkeitshindernisse

c) Rechtzeitig? §§ 355 II, 356 II BGB [auch prüfbar als „Kein Ausschluss“]

- **Häufiges ®:** Fehlende Widerrufsbelehrung → Frist läuft nicht
- **aber:** Höchstfrist, § 356 III 2 BGB

3. RF: Anspruch durch wirksamen Widerruf erloschen +/-

Einbau des Widerrufsrechts in der Fallprüfung

- (1.) Widerruf als rechtsvernichtende Einwendung (Abwehr des Zahlungsanspruchs des Unternehmers) [→ Fall 9 und 10]
- (2.) Widerruf als Rückforderungsgrund („Angriff“)
V könnte einen Anspruch aus § 355 III 1 auf Rückzahlung des Kaufpreises haben. Dies setzt voraus:

I. Anspruchsentstehung

1. Wirksamer Widerruf eines Vertrages gem. § 355 I i.V.m. jew. Widerrufsrecht [s. Aufbauschema Fall 9, 10]
2. Rückerstattung der empfangenen Leistung, § 355 III 1
3. Inhalt, z.B.
 - a) Ersatz von Lieferkosten, § 357 II
 - b) Fälligkeit, § 357 I

II. Erlöschen des Anspruchs

- → rechtsvernichtende Einwendungen

III. Durchsetzbarkeit des Anspruchs

- Einreden zB § 357 IV (Zurückbehaltung); § 357 VII (Wertersatz bei Verschlechterung)



FRAGE 2

Zahlung 100€ pro Monat ab 18.3.2020?

M „Fitnessstudiovertrag“ R

- 100 € pro Monat je Ende des Monats
- <-> Nutzung Fitness- und Wellnessangebot
- Beginn 1.2.2020
- Keine Widerrufsbelehrung

M

- Mahnung zur Zahlung
- Mitgliedschaft besteht nur für Haustürgesch.
- Recht zur ordentlichen Kündigung ausgeschlossen
- Selbst Corona könne Grds. pausieren
- n. aufheben

R → M

- „[...] da eine Mitgliedschaft [...] nun auch aufgrund meiner schweren Verletzung keinen Sinn mehr macht und ich eine Reha brauche, beende ich auch aus diesem Grund die Vertragsbeziehung. [...]“
- Attest anbei

int servanda

11.1.2020

Optikmesse

- v. M angesprochen
- Werbestand jährlich dort, Grund: leichte „Überrumpelung“
- R unterschreibt zu Hause

17.3.2020

Komplette Schließung auf behördliche Anordnung (Corona)

18.3.2020

R → M

- „[...] möchte ich hiermit meine Mitgliedschaft [...] beenden. [...] schließlich haben Sie damals nur meine Impulsivität ausgenutzt.“
- „Ohnehin werde ich das Fitnessstudio wegen der coronabedingten Schließungen ja bis auf Weiteres nicht nutzen können [...] Unter diesen Umständen hätte ich den Vertrag nicht geschlossen.“

19.3.2020

17.6.2020

Öffnung unter Einschränkungen

- Umkleiden, Duschen, Schwimmbecken, Saunen und Solarien bleiben geschlossen
- Bitte Trainingszeit auf 1h zu reduzieren
- Trainingsgeräte direkt nach Benutzung desinf.

18.6.2020

Unfall R → Arm- und Beinbruch

M → R

- Erneute Mahnung zur Zahlung
- Zum Thema Reha bei Wikipedia eingesehen, „das können wir [...] also auch“. IÜ Verweis

ERARBEITUNG DER LÖSUNG

M → R: 100 € p.M. ab 18. März?

A. Anspruch entstanden (+)

B. Anspruch erloschen

I. Infolge Ausübung WR gem. §§ 355 I 1, 312g I, 312b I BGB

1. Bestehen eines Widerrufsrechts

a) Genereller Anwendungsbereich der verbraucherschützenden WRR

b) Spezieller Anwendungsbereich des § 312b BGB

aa) Situativer Anwendungsbereich: Situation nach § 312g I Nr. 1 BGB

(1) Geschäftsraum des M gem. § 312b II BGB

(2) Außerhalb von Geschäftsräumen des M

(3) gleichzeitige körp. Anwesenheit

bb) Situativer Anwendungsbereich: Situation nach § 312g I Nr. 3 BGB

2. ZE: Kein Erlöschen infolge Widerrufs

II. Infolge Fortfall Zahlungspflicht gem. § 326 I 1 Hs. 1 BGB infolge Unmöglichkeit der Leistungspflicht („coronabedingte Schließung“)

1. Gegenseitiger Vertrag

2. (P): Wenn Qualifikation (auch) als Mietvertrag

• Jdf. ab Überlassung Mietsache § 536 I BGB verdrängt AT

• **Aber:** Ausnahme in Fällen vollständiger Unmöglichkeit der Gebrauchsüberlassung

3. Unmöglichkeit der Leistungspflicht, § 275 I BGB

4. ZE: Erlöschen der Gegenleistungspflicht für 17.3-16.7.2020

[SGG ggü. § 275 I BGB subsidiär]

Zeitraum:
17.3.-16.7.2020



Zeitraum:
17.3.-16.7.2020



ERARBEITUNG DER LÖSUNG

M → H: 100 € p.M. ab 18. März?

A. Anspruch entstanden (+)

B. Anspruch erloschen

I. Infolge Ausübung WR gem. §§ 355 I 1, 312g I, 312b I BGB (-)

II. Infolge Fortfall Zahlungspflicht gem. § 326 I 1 Hs. 1 BGB infolge Unmöglichkeit der Leistungspflicht („coronabedingte Schließung“) (+)

III. Aufgrund außerordentlicher Kündigung wg. „coronabed. Schließung“

- § 314 BGB <-> §§ 543 I, 626 I BGB

1. An sich wichtiger Grund

- fast 4 Monate keine Nutzungsmöglichkeit
- Auch danach wesentliche Einschränkungen:
 - Bleibende Schließung Umkleiden, Duschen, Schwimmbecken, Saunen + Solarien
 - Trainingszeiten sollen aus Solidarität auf eine Stunde reduziert werden
 - Ztpkt. ao. Kdg. → Wiedereröffnung des Studios für R n. vorhersehbar
 - [nun „Lockdown light“ → wieder geschlossen]

2. Interessenabwägung [Abwarten bis zur vereinb. Beendigung n. zumutbar]

Pro Kündigung

- (mtlw. über) 4 Monate Schließung
- Eher Risikosphäre des Betreibers
- Wiedereröffnung zum Zeitpunkt der Kdg.-Erklärung nicht vorhersehbar; fortbestehende n. unwesentliche Beeinträchtigungen → Abwarten unzumutbar

Contra Kündigung

- Behördlich angeordnet
- Einzelne Kdg. keine erhebliche wirtschaftliche Einbuße

Zeitraum:
17.3.-16.7.2020



ERARBEITUNG DER LÖSUNG

M → R: 100 € p.M. ab 18. März?

A. Anspruch entstanden (+)

B. Anspruch erloschen

I. Infolge Ausübung WR gem. §§ 355 I 1, 312g I, 312b I BGB (-)

II. Infolge Fortfall Zahlungspflicht gem. § 326 I 1 Hs. 1 BGB infolge Unmöglichkeit der Leistungspflicht („coronabedingte Schließung“) (+)

III. Aufgrund außerordentlicher Kündigung wg. „coronabed. Schließung“

1. § 314 I BGB (+)

2. § 313 I, III 2 BGB

a) Anwendbarkeit

- **Wohl hM:** Kdg. gem. § 314 BGB = lex specialis zu § 313 III 2 BGB
- **A.A. vertretbar** [zB AG Emmendingen, Urt. v. 2.9.2020 – 7 C 92/20, BeckRS 2020, 24050 Rn. 18 ff.]

b) Reales Element:

- Beide Parteien gingen bei Vertragsschluss davon aus, dass Fitnessstudio ganzjährig genutzt werden kann
- bzw. haben nicht damit gerechnet, dass es zu mehrere Monate dauernden Schließungsanordnungen für Fitnessstudios wegen einer Pandemie kommen wird

c) Hypothetisches Element:

- R hätte Vertrag nicht geschlossen, wenn sie gewusst hätte, dass Fitnessstudio über einen längeren Zeitraum nicht nutzbar ist
- folgt auch aus sofortiger Kündigungserklärung nach „Lockdown“

d) Normatives Element: Risikoverteilung: → Ausführungen zu § 314 BGB entspr.

e) Anpassung des Vertrages unzumutbar, § 313 III BGB: → Ausführungen zu § 314 BGB entspr.

f) Ergebnis: Erlöschen aufgrund Kündigung gem. § 313 I, III 2 BGB
[a.A. mit entsprechender Argumentation vertretbar]

Zeitraum:
17.3.-16.7.2020



ERARBEITUNG DER LÖSUNG

M → R: 100 € p.M. ab 18. März?

A. Anspruch entstanden (+)

B. Anspruch erloschen

I. Infolge Ausübung WR gem. §§ 355 I 1, 312g I, 312b I BGB (-)

II. Infolge Fortfall Zahlungspflicht gem. § 326 I 1 Hs. 1 BGB infolge Unmöglichkeit der Leistungspflicht („coronabedingte Schließung“) (+)

III. Aufgrund außerordentlicher Kündigung wg. „coronabed. Schließung“ (+)

IV. Aufgrund außerordentlicher Kündigung wg. Arm- und Beinbruch (+)

- § 314 BGB <-> §§ 543 I, 626 I BGB

1. An sich wichtiger Grund

- Überhaupt keine Nutzungsmöglichkeit bis zum Vertragsende
- Reha
 - Erfordert besondere Fachkenntnis
 - Bloße Info über Wikipedia (-)

2. Interessenabwägung [Abwarten bis zur vereinb. Beendigung n. zumutbar]

Contra Kündigung

- Verletzungen typw. Risikosphäre des Kunden
- Hier sogar leicht fahrlässige Verursachung der Verletzungen
- Aber: Keine Nutzungsmöglichkeit bis Vertragsende → „Ruhenlassen“ kein milderes Mittel

Pro Kündigung

- Einzelne Kdg. keine erhebliche wirtschaftliche Einbuße

3. ZE: Fortsetzung VertragsVH R nicht zumutbar → § 314 I BGB (+)/(-)

4. Kein Anspruch des M ab 18.6.2020

C. Gesamtergebnis Frage 2: M → R ab 18.3.2020 (-)

ÜBERBLICK STÖRUNG DER GESCHÄFTSGRUNDLAGE, § 313 BGB

1. Anwendbarkeit

2. Reales Element

- a) Geschäftsgrundlage: Umstand, der zwar nicht Gegenstand des Vertrags, aber dessen Grundlage ist
- b) Schwerwiegende Änderung/Störung dieser Geschäftsgrundlage

3. Hypothetisches Element

- Hätten Vertragsparteien Änderung geahnt → hätten sie Vertrag (so) nicht geschlossen

4. Normatives Element

- Festhalten am Vertrag muss für Gläubiger unzumutbar sein

5. RF:

- a) **Vorrang der Anpassung**, § 313 III 1 BGB
- b) **Dauerschuldverhältnisse**: grds. Kündigung, § 313 III 2 BGB (→ *ex nunc*)
- c) **iÜ: Rücktritt**, § 314 III 1 BGB i.V.m. § 346 ff. BGB (→ *ex tunc*)



STÖRUNG DER GESCHÄFTSGRUNDLAGE, § 313 BGB IM DETAIL

1. **Anwendbarkeit: Subsidiarität + Ausnahmecharakter des § 313 [Grds.: pacta sunt servanda]**
 - Vorrang der (ergänzenden) Auslegung
 - Kein Eingreifen vorrangiger vertraglicher/gesetzlicher Regelungen
 - → § 313 BGB insb. ggü. Regelungen zu Leistungsstörungen subsidiär! (insb. UnmöglichkeitR → Abgrenzung zu § 275 II)
2. **Reales Element**
 - a) Geschäftsgrundlage: Umstand, der zwar nicht Gegenstand des Vertrags, aber dessen Grundlage ist
→ Geschäftsgrundlage = **mehr** als bloßes einseitiges Motiv <-> aber **weniger** als vertraglich Abrede
 - b) Schwerwiegende Änderung/Störung dieser Geschäftsgrundlage
3. **Hypothetisches Element**
 - Hätten Vertragsparteien Änderung geahnt → hätten sie Vertrag (so) nicht geschlossen
4. **Normatives Element**
 - Festhalten am (unveränderten) Vertrag muss für Gläubiger unzumutbar sein
 - **Entscheidend:** Umstände des Einzelfalls, vertragliche oder gesetzliche Risikoverteilung
 - **Grundsätzliche Risikoverteilung:** Gl. trägt Risiko der zweckentsprechenden Nutzung der Sache
 - **Ausnahmen insb.:** Beiderseitiger (Motiv-)Irrtum (zB gemeinsamer Kalkulationsirrtum, „unbenannte Zuwendungen“ → FamilienR), Schwere Äquivalenzstörungen („wirtschaftliche Unmöglichkeit“ in Extremfällen), Störungen des Verwendungszwecks (mit Leistung erkennbar verfolgte Sekundärzweck kann nicht mehr erreicht werden („Rosenmontags-/Krönungsfall“)), im Rahmen eines Leasingvertrag bei RT des LN + Urteil/Anerkenntnis LN → Fall 11 „Der geleaste Computer“
5. **Rechtsfolge:**
 - a) **Vorrang der Anpassung**, § 313 III 1 BGB; wenn unmöglich/unzumutbar zu differenzieren:
 - b) **Bei Dauerschuldverhältnissen:** grds. Kündigung, § 313 III 2 BGB (→ *ex nunc*)
 - c) **Ansonsten: Rücktritt**, § 314 III 1 BGB i.V.m. § 346 ff. BGB (→ *ex tunc*)

Bonusmaterial: Wiederholung „Unmöglichkeitrecht“

II. Unmöglichkeit gem. § 275 I-III – Befreiung von der Primärleistungspflicht

„Echte Unmöglichkeit“
Unüberwindliche
Leistungshindernisse

§ 275 I

Primärleistungspflicht
erlischt ex lege

Sekundärrechte § 275 IV

„Unechte Unmöglichkeit“
Überwindliche
Leistungshindernisse

§ 275 II
„faktische“ und
„praktische“
Unmöglichkeit
→ PdW 18,19

Leistungs-
verweigerungsR
(Einrede)

Sekundärrechte
§ 275 IV

§ 275 III
Persönliche
Unzumutbarkeit
→ PdW 20
(z.B. psychische
Unmöglichkeit)

Leistungs-
verweigerungsR
(Einrede)

Sekundärrechte §
275 IV

Wirtschaftliche
„Unmöglich-
keit“
(Leistungs-
erschwerung)

Vertrags-
anpassung,
§ 313 I

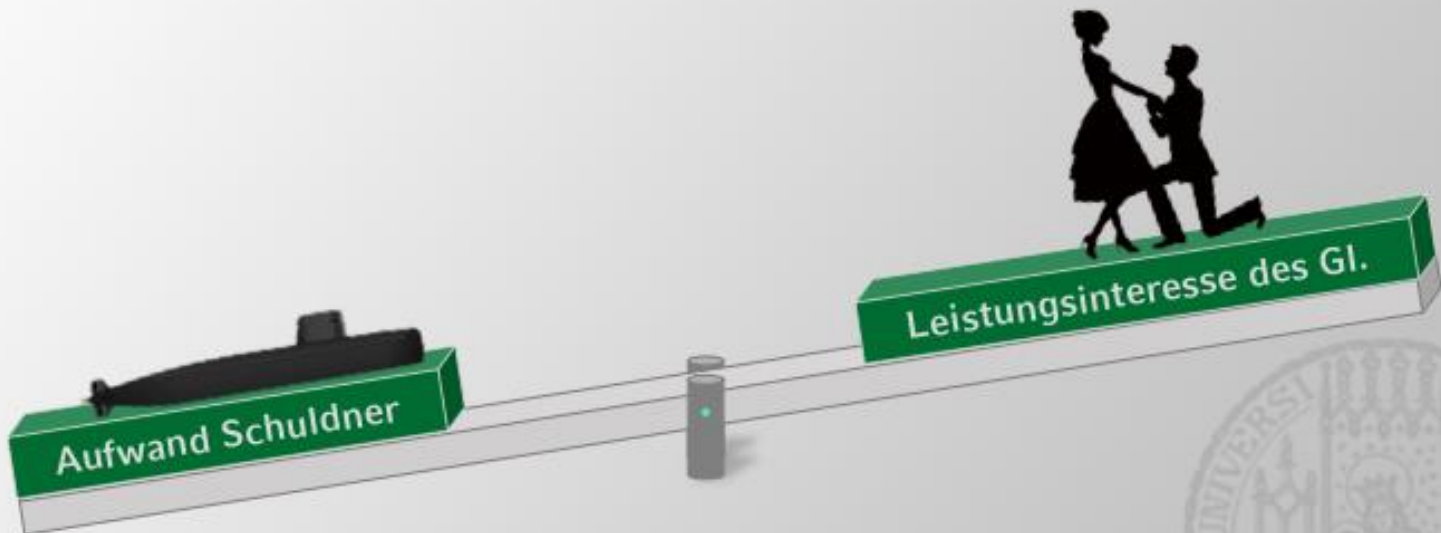
RT/Kündigung
gem. § 313 III
bei unmögl./unzu-
mutbarer Vertrags-
anpassung

Bonusmaterial: Wiederholung „Unmöglichkeitrecht“

III. UNMÖGLICHKEIT GEM. § 275 II

§ 275 II BGB

„faktische“ und „praktische“ Unmöglichkeit
(Klassiker: Ring auf dem Meeresgrund)



Bonusmaterial: Wiederholung „Unmöglichkeitensrecht“

I. LEISTUNGS- UND GEGENLEISTUNGSPFLICHT

Leistungspflicht
zB. § 433 I 1 BGB (ÜG + ÜE)

Gegenleistungspflicht
zB. § 433 II BGB (KVPZ)

§ 275 I-III

insb. § 275 I → Def.: Dauerhafte
Nichterbringbarkeit des Leistungserfolges durch
Leistungshandlung des Schuldners

§ 326

Grds.: § 326 I → Leistungspflicht des Gl. entfällt

Ausn.: § 326 II Alt. 1 / Alt. 2 oder sonstige
vergütungserhaltende Normen, insb.

§§ 446, 447 (leges speciales zu § 326 I 1)

Stückschuld

= Leistungsgegenstand
konkret-individuell
festgelegt
→ § 275 I (+)

Gattungsschuld

= Leistungsgegenstand
nach abstrakt-generellen
Merkmalen bestimmt
Differenziere:

Grundsatz: Solange Gattung noch vorhanden § 275 I (-)

Ausnahmen:

Auf Vorrat beschränkt

Vor.: Vorrat erschöpft → § 275 I (+)

Bei Konkretisierung, § 243 II

Vor.: Schuldner hat alles seinerseits erforderliche getan
→ § 275 I (+)

Bei Quasi-konkretisierung, § 300 II

Vor.: Gläubiger in Annahmeverzug (§§ 293ff.)
→ § 275 I (+)

Bonusmaterial: Wiederholung „Unmöglichkeitensrecht“

III. LEISTUNGSGEFAHR UND GEGENLEISTUNGSGEFAHR – PRÜFUNGSSCHEMA

A. Anspruch des Gläubigers [K] der unmittelbar gestörten Leistungspflicht auf **Leistung (§ 433 I 1)**

- I. Anspruch **entstanden**
- II. Anspruch **erloschen** gem. § 275 I-III

B. Anspruch des Schuldners [VK] der unmittelbar gestörten Leistung auf **Gegenleistung (§ 433 II)**

- I. Anspruch **entstanden**
- II. Anspruch **erloschen** gem. § 326 I 1 Hs. 1
 1. Gegenseitiger Vertrag
 2. Ausschluss der Leistungspflicht, die zur verlangten Leistung im Synallagma steht
 - a) Synallagmatische Leistungspflicht
 - b) Ausschluss der Leistungspflicht, § 275 I-III
 3. RF:
 - a) **Grds.:** Erlöschen des Anspruchs gem. § 326 I 1 Hs. 1
 - b) **Ausn.:** Vergütungserhaltungsnormen, insb. §§ 326 II 1 Alt. 1 und 2, 446, 447, 615, 644, 645 BGB

[**Nota bene:** außer bei § 326 II 1 Alt. 1 immer Vor., dass Schuldner d. unmittelbar gestörten Leistungspflicht Unmöglichkeit nicht zu vertreten, Arg.: Gefahrtragungsnormen]





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit!

Thomas Sagstetter

Münchner Examenstraining

https://www.jura.uni-muenchen.de/personen/s/sagstetter_thomas/index.html

Fragen jederzeit gerne via E-Mail:

thomas.sagstetter@jura.uni-muenchen.de

